

Bürgerschaft der Hansestadt Wismar
P R O T O K O L L

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und kommunale Betriebe

Sitzungstermin:	Dienstag, 06.02.2018
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	18:55 Uhr
Ort, Raum:	Raum 28, Am Markt 1, 23966 Wismar

Sitzungsteilnehmer:

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Sigfried Rakow (CDU)

Mitglieder

Herr André Buchholz (DIE LINKE.)

Frau Elke Gustke (SPD)

Herr Eike Koebe (FÜR-WISMAR-Forum)

Frau Sibylle Runge (SPD)

Herr Tino Schwarzrock (GRÜNE) Vertretung für: Herrn Robby Heesch

Frau Maren Teß (SPD)

Herr Frieder Weinhold (CDU)

Frau Prof. Dr. Marion Wienecke (DIE LINKE.)

Verwaltung

Herr Norbert Benz Abt.leiter Verkehr

Herr Michael Berkhahn Senator

Frau Sibylle Donath Leiterin Tourismuszentrale

Herr Marco Trunk Pressesprecher

Gäste

Herr Hoffmann Ostseezeitung

Abwesende Mitglieder

Mitglieder

Herr Robby Heesch (FDP) entschuldigt

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Begrüßung durch den Vorsitzenden
- 2 Eröffnung / Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.12.2017
- 5 Entwicklung einer "Wismar-App"
Vorlage: VO/2017/2512
- 6 Fahrradverkehr in der Fußgängerzone
Vorlage: VO/2018/2539
- 7 Sonstiges

(nicht öffentlich)

- 8 Sonstiges

Protokoll:

(öffentlich)

TOP 1	Begrüßung durch den Vorsitzenden
--------------	---

Der Ausschussvorsitzende Herr Rakow begrüßt alle Anwesenden.

TOP 2	Eröffnung / Feststellung der Beschlussfähigkeit
--------------	--

Er eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3	Bestätigung der Tagesordnung
--------------	-------------------------------------

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen:	5
Nein Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 4	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.12.2017
--------------	--

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen:	6
Nein Stimmen:	0
Enthaltungen:	2

TOP 5	Entwicklung einer "Wismar-App" Vorlage: VO/2017/2512
--------------	---

Beschlussvorschlag:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob für die Hansestadt Wismar eine „Wismar-App“ entwickelt werden kann. In diesem Zusammenhang sind verschiedene Möglichkeiten der Umsetzung, z.B. eine Kooperation mit der Hochschule Wismar, zu prüfen.
2. Alternativ ist zu prüfen, ob eine App über bereits bestehende Anbieter für die Hansestadt Wismar eingekauft werden kann.

Herr Rakow führt kurz in die Vorlage ein und Frau Donath stellt die bereits seit mehreren Jahren bestehende Wismar-App „Wismar Tourist Guide“ vor. Betrieben wird diese von der Ostseezeitung, die Stadtverwaltung hat Zugriff auf die Inhalte.

Sie geht weiterhin auf die digitale Einbindung von wismarPLUS ein. Da es sich bei dem Couponheft „wismarPLUS“ um ein kostenpflichtiges Angebot handelt, ist eine Einbindung in die App nicht möglich. Frau Teß schlägt an dieser Stelle vor, in der App auf wismarPLUS zu verweisen und dafür zu werben. Den Vorschlag nimmt Frau Donath gerne auf. Die Frage nach der Angabe von WLAN-Standorten in der HWI kann Frau Donath bejahen. Die Standorte der Stromtankstellen wird zukünftig mit aufgenommen. Die Pflege der App ist mit einem sehr hohen Aufwand verbunden, so Frau Donath.

Herr Koebe weist darauf hin, dass regelmäßige Aktualisierungen notwendig sind und erkundigt sich, warum die Wasserkunst als App-Logo verwendet wurde. Herr Trunk erläutert den touristischen Gedanken dahinter.

Herr Weinhold wünscht sich einen QR-Code an den Einzeldenkmälen, so dass dieser mit dem Smartphone gescannt werden kann und dann in der App Aussagen zu diesem Denkmal gemacht werden. Frau Donath verweist auf die bereits bestehenden Aussagen über die Sehenswürdigkeiten in der App. Herr Schwarzrock findet die Idee mit dem QR-Code sehr gut und wünscht sich eine mittelfristige Umsetzung. Eine Anbringung der QR-Codes an den Denkmälern ist im Vorfeld denkmal-rechtlich zu prüfen. Herr Trunk verweist auf den sehr hohen Entwicklungsaufwand und sieht hierin eine Konkurrenz zu unseren Stadtführungen. Herr Weinhold bittet darum, hierfür Geld im neuen Haushalt der HWI bereitzustellen, die Konkurrenz zu den Stadtführungen sieht er nicht.

Herr Koebe merkt an, dass die OZ allein im Impressum erscheint. Frau Donath erläutert das Verfahren.

Herr Rakow schlägt abschließend vor, sofern keine weiteren Fragen vorliegen, die weitere Vorgehensweise der Vorlage in seiner Fraktion (CDU) zu besprechen.

Frau Donath verlässt die Ausschusssitzung.

TOP 6	Fahrradverkehr in der Fußgängerzone Vorlage: VO/2018/2539
--------------	--

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Erlaubnis zum Befahren der Fußgängerzone mit dem Fahrrad zum 01. 03. 2018 aufzuheben.

Herr Rakow führt kurz in die Vorlage ein. Ein generelles Fahrverbot für Fahrradfahrer in der Fußgängerzone ist zu hinterfragen, so Herr Berkahn. Wird die Fußgängerzone stärker benutzt und ist daher ein Verbot des Fahrradverkehrs notwendig, eventuell in zeitlichen Abständen, wie z. B. Winter/Sommer, vor-/nachmittags? Generell gilt – eine gegenseitige Rücksichtnahme ist notwendig. Hier sollten die Meinungen vom ADFC z. B. oder auch von Lieferdiensten in der Innenstadt gehört werden.

Herr Rakow stellt fest, dass der Bürgermeister die ihm obliegenden Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis wahrnimmt und daher nicht beauftragt werden kann. Herr Berkahn widerspricht hier, die Entscheidung liegt schon beim BM, aber auch bei der Bürgerschaft. Herr Schwarzrock bittet die Fraktion DIE LINKE. den Antrag dahingehend anzupassen.

Für Herrn Schwarzrock persönlich waren/sind keine gefährlichen Situationen erkennbar. Es sind wohl einige Elektroräder sehr schnell unterwegs, diese wären jedoch mit einem Verbot nicht aufzuhalten.

Frau Runge stellt fest, dass es sich um subjektive Wahrnehmungen handelt, daher hatte sie vorgeschlagen, die Polizei zu der Ausschusssitzung einzuladen. Herr Rakow würde dies in einer der nächsten Sitzungen veranlassen.

Eine Einhaltung von Verboten ist vom BM nicht kontrollierbar, so stellt Frau Prof. Dr. Wienecke fest. Nach der StVO ist die Polizei hierfür zuständig. Es folgt eine rege Diskussion mit Wortmeldungen von Frau Prof. Dr. Wienecke und Herrn Rakow.

Herr Benz begrüßt diese breite Diskussion zu dem Thema. Die Radfahrer haben sich den Fußgängern unterzuordnen. Regelmäßige Polizeikontrollen gab und gibt es bereits. Unfälle wurden in der Vergangenheit so gut wie gar nicht festgestellt (2 Unfälle in den vergangenen 2 Jahren). Während des Schwedenfestes z. B. ist es unmöglich mit dem Fahrrad durch die Fußgängerzone zu fahren. Um von Ost nach West bzw. umgekehrt zu kommen, muss man durch die Innenstadt fahren/gehen. Es gibt keine Trasse, die hier lang führt. Der Fahrradverkehr ist grundsätzlich gewollt, jedoch muss an die Vernunft der Radfahrer appelliert werden.

Herr Benz regt eine breit angelegte Diskussion an und schlägt vor, auch beteiligte Firmen zu einer der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen.

Weitere Wortmeldungen: Herr Koebe

Frau Runge regt an, weitere Fahrradbügel in der Innenstadt zu installieren. Hierzu teilt Herr Rakow mit, dass dem BM bereits ein Prüfauftrag dazu vorliegt.

Frau Gustke setzt auf eine breite Öffentlichkeitsarbeit und stärkere Kontrollen. Der fließende Verkehr und die Radfahrer sind nur durch die Polizei zu kontrollieren, dies betont Herr Berkhahn noch einmal. Er schlägt weiterhin vor, in der Zeit von öffentlichen Veranstaltungen die Bürger anzuhalten, die Innenstadt ohne Fahrrad zu besuchen.

Frau Prof. Dr. Wienecke kündigt eine Umformulierung der Vorlage an.

Herr Rakow schlägt abschließend vor, das Thema zur Diskussion zu stellen und Interessengruppen, wie z. B. die Polizei, Verbände (ADFC), beteiligte Firmen und die WWG in die nächste bzw. in eine der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen. Daher erfolgt heute keine Abstimmung über die Vorlage. Sie wird zurückgestellt und nach der Umformulierung durch die Fraktion DIE LINKE. wieder auf die TO gesetzt.

TOP 7	Sonstiges
-------	-----------

Die Ausschussmitglieder haben keine sonstigen Themen zu besprechen.

Herr Rakow stellt die Nichtöffentlichkeit her und Herr Hoffmann (OZ) verlässt die Sitzung.